

Equal Pay Day 2017

Entgeltlücke von 21 Prozent muss endlich geschlossen werden



Foto: J. Burandt

Der Equal Pay Day (EPD) markiert symbolisch den Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern.

In Thüringen sind es im Durchschnitt 7 Prozent weniger Lohn und Gehalt für Frauen. Der relativ geringe Unterschied ergibt sich aus den generell niedrigeren Löhnen, die hier auch Männer betreffen. Dennoch kann man sich mit der Lohndifferenz und ihren vielfältigen Gründen nicht abfinden.

Der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen und betrug zuletzt 41 Prozent. Problematisch ist, dass es sich zum großen Teil um unfreiwillige Teilzeit handelt. Frauentypische Berufe, insbesondere im sozialen Bereich, in der Pflege, in Erziehung und Bildung sind nach wie vor hinsichtlich der Löhne und Gehälter unterbewertet.

Fast 45 Prozent der Thüringer

Frauen verfügen über ein monatliches Einkommen von weniger als 1.500 Euro brutto. Aufgrund der niedrigeren Löhne, des geringeren Erwerbsumfanges und der größeren Anzahl von Erwerbsunterbrechungen durch z.B. Schwangerschaft und Erziehungsurlaub erzielen Frauen in unserem Land im gesamten Erwerbsverlauf durchschnittlich nur etwa 50 Prozent der Einkommen der Männer. Dies führt dazu, dass Frauen eine um 36 Prozent geringere Altersrente zu erwarten haben.

Berufe für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv zu machen, mehr tarifliche Bindung und gezielte Tarifierhöhung, insbesondere im Pflegebereich, wären geeignete Maßnahmen.

Deshalb haben wir am 17. März nach dem Erwerbslosenfrühstück mit einer Aktion am Dianabrunnen über diese Misere aufgeklärt, damit sich noch mehr Bürgerinnen und Bürger dafür stark machen, dass sich die Lohnschere künftig schließt und Gleichberechtigung auch in die Tat umgesetzt wird.

- INA LEUKEFELD -

„Fraktion vor Ort“ zu Gast in Suhl

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Fraktion vor Ort" der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag war Fraktions- und Parteivorsitzende Susanne Hennig-Wellsow am 13. März in Suhl zu Gast.

Nach einem Besuch im Jugendclub "Jugendschmiede" war Susanne viel geforderte Gesprächspartnerin in der öffentlichen Fraktionssitzung unserer Stadtratsfraktion. Hier ging es in erster Linie um die Politik der rot-rot-grünen Landesregierung Thüringens: Was wurde auf den Weg gebracht, was muss weiterhin getan

werden, um eine attraktive Politik im Sinne der Menschen zu machen? Viele Themen wurden angesprochen wie die Gebietsreform, die Bildungspolitik einschließlich inklusives Schulgesetz, das beitragsfreie Kita-Jahr, die Zusammenarbeit innerhalb der Koalition, aber auch Fragen zur Friedenspolitik oder die mögliche Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl standen im Mittelpunkt der sehr interessanten und auch zum Teil nachdenklich stimmenden Diskussion.

- ILONA BURANDT/ECKHARD GRIEBEL -

Fakten sind Tatsachen,

sie sind Gegebenheit, Realität, Wirklichkeit. In den Naturwissenschaften ist es oberstes Gebot, von Tatsachen auszugehen. Auch im gesellschaftspolitischen Diskurs sollten Fakten allgemein anerkannte Grundlage sein. Wer mit Fakten argumentiert, wie kürzlich Suhls OB Dr. Jens Triebel beim zweiten Bürgerdialog in der Schönen Aussicht, will damit jene überzeugen, die die wirklichen Sachverhalte nicht kennen. Allein schon der Versuch wird allerdings von einigen, die nicht diskutieren sondern nur ihre Vorurteile in den öffentlichen Raum stellen wollen, als arrogantes Auftreten abqualifiziert, obwohl der Redner (wie auch der Vorsitzende des Finanzausschusses im Suhler Stadtrat Dr. Reiner Miersch) ruhig, freundlich und gut vorbereitet sprach. Man hätte sich übrigens gewünscht, dass das Ablehnen einer Fusion mit faktenbasierten, nachvollziehbaren Argumenten begründet worden wäre. Gibt es überhaupt Fakten, die belegen, dass eine Fusion zur Verarmung der kleineren Stadt und ihrer Bürger, zu höheren Abgaben, zum Absterben des Vereinslebens usw. führen muss? Genannt wurden keine. Es soll nur so bleiben wie es ist. Und das ist nicht gut so. Aber: eine gute Zusammenarbeit kann niemals die Vorteile, die eine größere, stärkere Kommune nun einmal bietet, ersetzen. Wir stehen, ob wir das wollen oder nicht, in einem Wettbewerb der Regionen und nicht im Wettbewerb zwischen kleinen Kommunen. Das war vorgestern. Gemeinsam lässt sich mehr erreichen. Das sehen wir z.B. in der benachbarten Metropolregion Nürnberg. Aber die ist möglicherweise Resultat einer verkappten sozialistischen Gemeinschaftsarbeit.

- ECKHARD GRIEBEL -

Liebe Leserinnen und Leser der SAZ

Heute möchte ich mich mit einer Bitte an Sie wenden. Im Zeitungskopf unserer SAZ heißt es so schön:

„Preis: eine Spende“. Viele Leser sind auch bereits dieses Jahr dieser Bitte nachgekommen.

In Jahren mit Wahlen, wie dieses Jahr zur Bundestagswahl, sind wir besonders auf Spenden unserer Mitglieder und Sympathisanten angewiesen, weil wir unsere Arbeit im Stadtverband vor allem aus Spenden organisieren. Ich möchte Sie deshalb bitten, wenn Sie finanziell dazu in der Lage sind und dieses Jahr noch nicht gespendet haben, eine Geldspende auf unser Konto: IBAN DE59 8495 0000 1705 0071 51 zu überweisen.

Wenn Sie eine Spende überweisen, beachten Sie bitte, dass laut Parteiengesetz eine Spende immer

einer konkreten Person zugeordnet werden muss. Deshalb geben Sie bitte unter Verwendungszweck an: Kennwort SAZ, Name und Vorname des Spenders. Günstig ist auch, wenn Sie zusätzlich Ort und Straße abgekürzt zufügen, damit Ihre Spende auch der richtigen Person zugeordnet werden kann.

Viele Mitglieder unserer Partei, aber auch einige Sympathisanten spenden regelmäßig ein- oder mehrmals im Jahr und nehmen deshalb am Lastschriftverfahren zu Gunsten des Stadtverbandes teil. Vielleicht wollen Sie auch diese Möglichkeit nutzen. Deshalb legen wir dieser Ausgabe der SAZ ein solches Formular bei.

Wenn Sie am Lastschriftverfahren teilnehmen wollen, beachten Sie bitte: Einmalige Spenden im Jahr werden in der Regel im Januar, halbjähr-

liche im Januar und Juli jedes Jahres eingezogen. Wenn Sie andere Monate wünschen, geben Sie bitte diese an.

Ein besonderer Hinweis sei mir bitte bei mehrmaligen Spenden im Jahr gestattet, weil hier wiederholt Fehler auftreten: Beachten Sie bitte, dass vorn immer der Betrag steht, der monatlich gespendet werden soll. Dieser Betrag wird dann mit dem Abbuchungsrhythmus multipliziert. So bedeutet das bei einem Betrag von 10,00 Euro monatlich bei Abbuchung aller 3 Monate dann 30,00 Euro im Quartal.

Zuwendungsbescheinigungen für Ihre Spende erhalten Sie in der Regel mit der SAZ im März des nächsten Jahres.

– REINER MIERSCH
SCHATZMEISTER –

Lügen haben kurze Beine

In den Medien wird seit Wochen die Steigerung der deutschen Militärausgaben von 34,3 Mrd. Euro 2016 auf 36,6 Mrd. Euro 2017 mit der wachsenden Bedrohung durch Russland begründet. In einem Kommentar des Freien Wortes vom 22. März 2017 wurde noch die Angst der osteuropäischen Staaten vor Russland herangezogen. Um ihnen diese zu nehmen sei es notwendig, für die Territorialverteidigung mehr schwere Panzer und Waffensysteme in diesen Staaten zu stationieren, über die NATO und Bundeswehr nicht mehr ausreichend verfügen. Deutschland hat sich daher verpflichtet, bis 2024 den Militäretat auf 60 Mrd. Euro pro Jahr aufzustocken. Nun kommen diese Herrschaften in Erklärungsnot. Lügen haben zuweilen doch kurze Beine. Der vermeintliche Aggressor Russland hat den Militäretat 2017

um 25,5 Prozent auf nunmehr 48 Mrd. Dollar gekürzt, wie bei deutsch.rt.com vom 20.03.2017 berichtet wurde. 2016 waren es noch 65 Mrd. Dollar. Deutschland steigert um fast 8 Prozent! Russlands gesamten 48 Milliarden Dollar Ausgaben für das Militär liegen sogar unter der reinen Erhöhung der US-Militärausgaben von 54 Milliarden Dollar (51 Mrd. Euro) nur für das Jahr 2017. In diesem Jahr stehen den NATO-Militärausgaben von ca. 1.000 Mrd. Dollar ganze 48 Mrd. Dollar russischer Militärausgaben gegenüber. Wer bedroht da eigentlich wen? Das Verschweigen dieser Wahrheit ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die Bürger durch bestimmte Medien manipuliert werden.

P.S.: Lt. Bild vom 16.2.2017 gab die NATO 2016 918 Mrd. Dollar aus, davon die USA 679 Mrd. Dollar und die restlichen NATO-Staaten 239 Mrd. Dollar (2017 kämen allein bei USA 54 Mrd. dazu)

–DR. BERND SCHEPELER–

Nachbemerkung: Der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber sagte in seiner Rede beim Deutsch-Russischen Forum e.V. am 20.03.2017:

„Ein hohes Handelsvolumen und gemeinsame Interessen beugen auch Konflikten weit mehr vor, als ein paar Tausend zusätzliche Soldaten auf beiden Seiten an den gemeinsamen Grenzen. Sinkt die wirtschaftliche Verflechtung, sinkt dagegen auch die Notwendigkeit des Ausgleichs.“

Bei Redaktionschluss

Landrat Heimrich scheint nicht davor zurück zu scheuen, zu unlauteren Mitteln zu greifen. MdL Ronald Hande (DIE LINKE) erklärte laut FW vom 15.03.2017:

„Der Stadtrat Oberhof hat beschlossen, Gespräche zur Eingemeindung mit der Stadt Suhl zu führen. Daraufhin verkündete Landrat Heimrich, dass ein solches Ansinnen ohnehin durch den Kreistag Schmalkalden-Meiningen kassiert werden würde. Unabhängig davon, dass eine solche Behauptung ein Vorgriff auf eine Entscheidung des Kreistages darstellt, ist es auch schlicht eine Falschaussage des Landrats wie sich nach Beantwortung einer mündlichen Anfrage des Landtagsabgeordneten Frank Kuschel (Linke) zeigt.“ Bei Gemeindeneugliederungen über Kreisgrenzen hinweg müssen die Landkreise gehört werden, aber sie haben kein Vetorecht. Hande geht davon aus, dass der Landrat den „Oberhofer Stadtrat und die Bürger der Stadt mit seinen Äußerungen einfach nur verunsichern wollte.“ Statt „verunsichern“ könnte man vielleicht auch „drohen“ sagen.

– ECKHARD GRIEBEL –

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtverband Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Mai-Ausgabe 2017 ist am 21.04.2017

Unser Kandidat für die Bundestagswahl Steffen Harzer zu aktuellen Fragen

Die Problemlagen im Lande sind vielschichtig. Je näher man an die Basis kommt, umso konkreter nimmt man die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf die Menschen wahr. Deshalb bin ich viel im Wahlkreis unterwegs und höre mir die Sorgen und Nöte der Menschen an. In gleichem Maße lerne ich dabei aber auch viel über innovative Lösungen solcher Probleme. Moderne Technologien müssen erst die Köpfe der Menschen erreichen, um in der Praxis angewandt werden zu können.

Wir konnten vielen Menschen, Vereinen, Kommunen und auch Firmen bei der Suche nach einer Lösung helfen, manchmal einfach nur durch die Vermittlung von Kontakten oder Weitergabe von Informationen, manchmal auch mit einer Geldspende des Alternative 54 e.V. Auch wir haben im Wahlkreis die Probleme Geflüchteter kennengelernt. Genauso kennen wir all jene, deren Probleme nicht erst existieren, seit die Geflüchteten hierher kamen.

Energiepolitisch bewegt uns ein Problem im Moment besonders:

Die Tennet-Planung zu Südlink ist ein Skandal! Denn die aktuell bekannte gegebene Trassenplanung von Südlink legt einen Korridor durch ganz Thüringen als Vorrangvariante fest. Für mich steht fest, dass auch diese Trasse nicht gebraucht wird. Es reicht also nicht, wie jetzt von Mark Hauptmann (CDU) u.a. gefordert, die Trasse einfach nach Hessen zu verschieben. Die Entscheidung des Bundestages vom Dezember 2015 muss dringend revidiert werden. Denn die Behauptung, es handele sich um eine Windstromtrasse, entspricht nicht der Wahrheit. Fake News sozusagen, die auch besagter Bundestagsabgeordneter immer wieder vertritt. So wurde z.B. 2015 bei Hamburg das Steinkohlekraftwerk Moorburg in Betrieb genommen mit einer Nennleistung von 1,7 GW, das entspricht ca. der Hälfte der über den Südlink zu transportierenden Leistung. Und ein Steinkohlekraftwerk hat augenscheinlich nichts mit der Energiewende zu tun, produziert aber Strom,



der nun in Konkurrenz zum im Norden erzeugten Windstrom steht und verbraucht werden muss.

Die Energiewende wird verunglimpft und gleichzeitig mit solchen Renditeobjekten für die Anleger der Netzbetreiber ein Profit von 7% auf ihr eingesetztes Kapital für solche Neubautrassen staatlich garantiert.

Wir brauchen aber eine Energiewende aus einem Guss. Wir müssen auf Energieeinsparung, auf regionale Erzeugung und Verbrauch, auf die Einführung neuer Speichertechnologien, die Kopplung der unterschiedlichen Sektoren des Energieverbrauchs (Strom, Wärme und Verkehr) sowie auf die Senkung der Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle setzen.

Es ist absurd, wenn der Bundestagsabgeordnete Mark Hauptmann, der in Berlin im zuständigen Ausschuss sitzt, das Gesetz 2015 mit beschlossen hat und jetzt so tut, als könne er für all das nichts. Das hört sich so an wie „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“ Wenn ein zuständiger Bundestagsabgeordneter die Auswirkungen von Gesetzen, welche er mit beschlossen hat, nicht einschätzen kann, dann ist

er fehl am Platze. Hauptmann will den Trassenbau nicht verhindern, sondern lediglich verschieben. Wir brauchen diese Trasse aber nicht. Offenbar belegen die Jubelarien seiner hessischen Bundestagskollegen und -kolleginnen von CDU und SPD auch, wie wenig Einfluss Herr Hauptmann in den Koalitionsfraktionen besitzt. Südhüringen hat aber Besseres verdient und mit den Bundestagswahlen im September sind notwendige Weichenstellungen möglich. Ein Grund mehr für meine Kandidatur!

Ein weiteres Aufregerthema ist natürlich die **Gebietsreform**.

Ich war überrascht, dass ein alter Vorschlag von Landrat Peter Heimrich von Bürgermeistern aufgegriffen wurde, den Landkreis Schmalkalden-Meiningen mit dem Wartburgkreis und Eisenach zusammen zu legen. Dieser Landkreis käme auf ca. 300.000 Einwohner, also ca. 10.000 Einwohner mehr, als der angebliche „Monsterkreis“ mit HBN, SHL, SM und SON hätte! Zur Kreisgebietsreform legte das Innenministerium Anwendungshinweise und Terminleisten vor. Dort steht geschrieben, dass z.B. die Landkreise bis zum 28.02.2017 Alternativvorschläge zum Strukturvorschlag des Innenministeriums abgeben konnten. Voraussetzung dazu ist ein Kreisratsbeschluss, aber entsprechende Beschlüsse der jeweiligen Kreistage dazu sind nicht bekannt. Im Gegenteil, der WAK hat beschlossen, die Fusion mit der Stadt Eisenach anzugehen, der Landkreis Schmalkalden-Meiningen, allein zu bleiben und gegen das Vorschaltgesetz zu klagen. Dass gerade einige der Beteiligten jetzt diesen Vorschlag machen, obwohl sie als Mitglied der Kreistage WAK oder SM den gegensätzlichen Beschlüssen zugestimmt haben, verwundert nun doch. Man muss hier deutlich sagen, dass es nichts bringt, SHL, HBN und SON alleine zu lassen. Das wäre die Kehrseite der jetzt favorisierten Lösung. Auch würde diese Variante einer für die Region sehr wichtigen, wie auch immer gearteten Lösung für das Zentrum Südthüringens Suhl/ Zella-Mehlis entgegenstehen.

Bereits zum 3. Mal fand am 21. März das „Politcafé statt. Die Idee, die Veranstaltung einem vorgegebenen Thema zu widmen, ist richtig. Diesmal war es „Der Rechtsruck in Europa - was kann man dagegen tun?“ Ina Leukefeld als Einladende führte in das Thema ein. Dass die Diskussion dann schließlich noch weitere Aspekte beleuchtete und dass auch Interessierte, die nicht der LINKEN angehören, das Wort ergriffen, zeigt, dass das Bedürfnis nach Austausch von Meinungen und Argumenten groß ist.
Foto: I. Burandt



Neu im Kino: Der junge Karl Marx

Sowohl bedeutsame Momente der Geschichte als auch die primitiven, unmenschlichen Zustände, unter denen Europas Völker in der Mitte des 19. Jahrhunderts lebten, erzählt der Film anschaulich. Sechs Mitglieder des Stadtvorstandes sahen ihn gemeinsam. Er illustriert eindrucksvoll jene Jahre, in denen sich Marx und Engels als Kampfgefährten finden – eine kurze Zeitspanne nur in ihrer Biographie, aber letztlich weltbewegend. Auch im Detail, z.B. wie Marx sein Vorurteil gegenüber dem Bourgeois Engels als Spross eines

Tuchfabrikanten revidiert, weil dessen Buch „Über die Lage der arbeitenden Klasse in England“ die Sicht von Marx soziologisch untermauert.

Interessant ist auch beider Ungeduld und Ungestüm in lebhaften Diskussionen, wie es jungen Leuten eigen ist, gegenüber dem Abwägen und den Bedenken der etablierten Autoritäten der noch jungen Bewegung, die als selbsternannte „Heilige“ Marx und Engels auszubremmen versuchen.

Der Film ist für mich „großes historisches Kino“. – SONJA REINHARDT –

Termine April 2017

Mo	03.04.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	04.04.	16.00 Uhr	Gedenken an die ermordeten Antifaschisten, Heinrichser Friedhof
		17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Do	06.04.	18.00 Uhr	Live aus dem Landtag mit Anja Siegesmund, CCS Türmchen
Fr	07.04.	14.00 Uhr	„Subbotnik“ der Stadtratsfraktion DIE LINKE, Treffpunkt Unterer Markt - Beitrag zum „Großreinemachen“ Mitmacher herzlich willkommen!
So	09.04.	13.30 Uhr	72. Jahrestag der Befreiung der KZ Buchenwald und Mittelbau-Dora
		10.00 Uhr	Gedenkfeier, Gedenkstätte Buchenwald, ehemaliger Appellplatz
			Treffen der Nachkommen, Gedenkstätte Buchenwald, Kinosaal
Mo	10.04.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	12.04.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Sa	15.04.	10-12 Uhr	Ostermarsch in Ohrdruf - gegen Krieg und militärische Nutzung des Truppenübungsplatzes
Di	18.04.	15.00 Uhr	Politcafé mit Ina, Geschäftsstelle
		17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Fr	21.04.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück, Geschäftsstelle
Mo	24.04.	14.00 Uhr	Bürgersprechstunde WKB, Geschäftsstelle
		18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Neues Rathaus
Mi	26.04.	14.00 Uhr	AG Senioren, Senioren Cafe, Geschäftsstelle
		17.00 Uhr	Stadtrat, Rathaus
		19.00 Uhr	Gesprächsforum Alternativ, Kulturbaustelle Müntzer + Luther- feindliche Brüder?
Mo	01.05.	09.30 Uhr	Maikundgebung Der LINKEN, am Rathaus
		10.00 Uhr	Gemeinsame Veranstaltung mit Gewerkschaften und Parteien, Unterer Markt

**Mittwoch, den 26.04.2017,
19.00 Uhr
Kulturbaustelle Suhl
Müntzer und Luther – feindliche Brüder?**

Vortrag mit Diskussion
Referent: Thomas Völker
Trotz des Streites zwischen Müntzer und Luther darf nicht vergessen werden, dass beide zu Beginn für die selbe Sache stritten. Thomas Völker zeigt anhand dieser beiden bedeutenden Persönlichkeiten, wie sich die Spaltung der frühen Reformation vollzog und welche Konsequenzen das hatte.

Eine Veranstaltung des Suhler Gesprächsforums „Alternativ“ und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.

**Einladung zur Veranstaltung
„Live aus dem Landtag“
mit Frau Anja Siegesmund**

Thüringer Ministerin für Umwelt,
Energie und Naturschutz.
**Donnerstag, 06.04.2017,
18.00 Uhr**
Suhl, CCS, Türmchen
Friedrich-König-Str. 7

Nachträglich gratulieren wir unserem Genossen Ernst Lehmann zu seinem 90. Geburtstag und wünschen ihm Gesundheit und alles Gute. Wir verbinden unsere Glückwünsche mit dem Dank für sein Wirken für ein reiches kulturelles Leben im damaligen Bezirk Suhl.